



Antrag

—

Fraktion AfD

Markthochlauf von E-Fuels ankurbeln - Zulassung und Forschung landesweit unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die von der Bundesregierung angestrebte Verkehrswende nicht realistisch ohne die Etablierung von kostengünstigen E-Fuels umgesetzt werden kann. Es ist unabdinglich, dass der Markthochlauf von Power-to-Liquid-Kraftstoffen vom Land Sachsen-Anhalt politisch unterstützt wird.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert,

- I. sich auf Bundesebene für die Zulassung jeglicher Power-to-Liquid-Kraftstoff-technologien, sogenannter E-Fuels, einzusetzen;
- II. die politikabhängige Etablierung der E-Fuels tatsächlich technologieoffen zu gestalten und nicht weiterhin an Solar- und Windkraftenergie zu koppeln;
- III. in Kooperation mit den sachsen-anhaltischen Hochschulen Forschungsprojekte auszusprechen, bei denen E-Fuels und kosteneffizientere Produktionsverfahren für diese erprobt werden;
- IV. sich auf EU- und Bundesebene für die Steuerbefreiung von E-Fuels auf Basis des Art. 19 Abs. 1 EnergieStRL einzusetzen;
- V. sich dafür auf EU- und Bundesebene einzusetzen, dass die CO₂-Emissionen von Kraftfahrzeugen unter Berücksichtigung der Energieerzeugung, der Herstellung sowie der Rohstoffgewinnung und Rohstoffnutzung errechnet und nicht primär an der Abgasanlage gemessen werden;

VI. und sich auf EU-Ebene (im Hinblick auf Verordnung 2019/631) dafür einzusetzen, dass die Nutzung von E-Fuels sich positiv auf die Anrechnung der CO₂-Flottenverbräuche auswirkt.

Begründung

Die von der Bundesregierung angestrebte Verkehrswende beinhaltet das Abschaffen der Verbrennung fossiler Energieträger. Diese ideologisch begründete Transformationspolitik wird nicht ausschließlich mit Elektrofahrzeugen umsetzbar sein. Insbesondere in Großstädten ist der umfassende Ausbau von Ladesäulen infrastrukturtechnisch kaum umsetzbar. Der Einsatz von E-Fuels ermöglicht die sofortige Weiternutzung von Verbrennungsmotoren, konventioneller Tankstellen und bestehender Kraftstofflogistiknetze.

Weiterhin führt die forcierte Umstellung der Autoindustrie auf Elektrofahrzeuge aufgrund von bautechnischen Komplexitätsverlusten zu einem massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung. Dies trifft insbesondere die sachsen-anhaltische Wirtschaft, welche von einer Vielzahl von Fahrzeugzulieferfirmen ausgemacht wird. Besonders der Abbau von Lithium und Kobalt für Elektrofahrzeuge ist unter ökologischen Gesichtspunkten ein massiver Nachteil gegenüber dem Verbrennungsmotor, der politisch nicht unterstützt werden sollte.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender